

Billige Staatsbürgerschaft

Ein Bundesbürger, der seit 14 Jahren in der DDR ansässig ist, wird entgegen ihrer offiziellen Rechtsauffassung von den Ost-Berliner Behörden als DDR-Bürger reklamiert.

Wenn Günter Gaus, erster Vertreter der Bundesrepublik in der DDR, demnächst in Ost-Berlin Einzug hält, steht alles für ihn bereit: die Residenz in der Kuckhoffstraße 41—43, das Büro in der Hannoverschen Straße, und sein erstes Problem, so scheint es, ist auch schon da. Es heißt Hans Joachim Bonsack, 67.

Bürger Bonsack, derzeit im Ost-Berliner Stadtteil Pankow ansässig: „Ich werde sofort zu Gaus gehen und ihn als Bundesbürger, der ich doch bin, um Rechtsschutz bitten.“

Denn der Bittsteller, der vor 14 Jahren in die DDR gegangen war und dort eine vorübergehende Aufenthaltserlaubnis erhalten hatte, fühlt sich noch immer als Bundesdeutscher. Weil ihn aber sein Gastland schon bald nach dem Übertritt nicht mehr ziehen lassen wollte, erwartet Bonsack nun dringlich die Landsleute mit den Diplomatenpässen.

Die Biographie des gelehrten Journalisten bezeichnet ein deutsches Dilemma. Die Nazis inhaftierten den gebürtigen Elsässer, bürgerten ihn dann aus, und Bonsack emigrierte über Jugoslawien und Norwegen nach Südamerika. Sechs Jahre nach Kriegsende wurde er in Darmstadt unter der Registriernummer 11/1951 wieder eingebürgert. Doch als Bonsack 1960 einmal mehr seine Koffer packte, um für eine Weile im deutschen Arbeiter-und-Bauernstaat zu leben, vereinnahmten ihn nun die Regierenden in Ost-Berlin kurz entschlossen als DDR-Staatsbürger — ohne den Betroffenen jemals zu fragen.

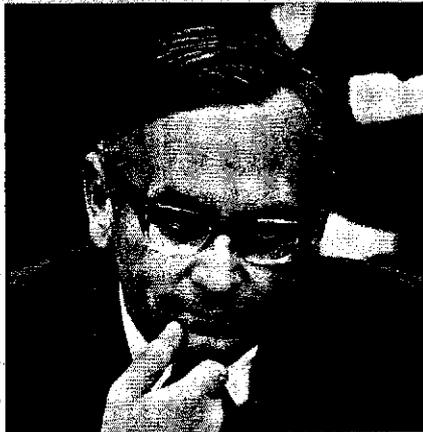
Sie gingen dabei mit ihren eigenen Gesetzen außerordentlich großzügig um, denn das DDR-Staatsbürgergesetz aus dem Jahre 1967 reklamiert ausdrücklich nur solche Deutsche für die Ost-Republik, die entweder

- ▷ zum Zeitpunkt der DDR-Gründung deutsche Staatsangehörige und in der DDR wohnhaft waren;
- ▷ zum Zeitpunkt der DDR-Gründung zwar Deutsche, nicht aber in der DDR wohnhaft waren und später die DDR-Staatsbürgerschaft beantragten oder
- ▷ die „nach den geltenden Bestimmungen die Staatsbürgerschaft der DDR erworben“ haben.

Nichts davon trifft auf Bonsack zu. Am Tag der DDR-Gründung (7. 10. 1949) war er noch staatenlos, die Ost-

Republik betrat er mit einem Paß der West-Republik, und die DDR-Staatsbürgerschaft hat er nie beantragt. Folglich müsse die DDR ihn als Ausländer behandeln, denn schließlich, so Bonsack, „habe ich als Emigrant in vielen Staaten vorübergehend Aufnahme gefunden — nur die DDR will mich nicht wieder gehenlassen“.

Dabei befand sich der DDR-Bürger wider Willen, was seine Nationalität betrifft, stets in Übereinstimmung mit Ost-Berliner Rechtsauffassung. Solange auch in der DDR — wie in der Bundesrepublik bis heute — die Frage nach



Staatssekretär Gaus

„Falls Bonn nichts tun kann ...“

der Staatsbürgerschaft schlicht mit dem Wörtchen „deutsch“ beantwortet wurde, akzeptierte Bonsack als „zeitweilig in der DDR lebender Bundesbürger“ einen ostdeutschen Ausweis.

Erst als die SED den DDR-Deutschen 1967 eine eigene Staatsbürgerschaft und deshalb den Umtausch aller Personalpapiere verordnete, mochte



Bürger Bonsack

... ein Gefangener der DDR“

Hans Joachim Bonsack nicht mehr mit-tun: Er schickte seinen Ausweis zunächst an die Volkspolizei-Inspektion in Pankow, später an die Staatsanwaltschaft und schließlich an den damaligen Staatsrats-Vorsitzenden Walter Ulbricht zurück.

Je länger sich Bonsack weigerte, DDR-Papiere anzunehmen — sein Ausweis liegt nun schon seit drei Jahren bei den Ost-Berliner Behörden —, um so unwirscher reagierte die DDR-Bürokratie. Noch 1967 hatte die Kanzlei des Staatsrates seine Eingabe bewußt mißverstanden und versöhnlich mitgeteilt, ihm könne natürlich auf „Antrag die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik verliehen werden“.

Dann freilich klärte das Büro des DDR-Ministerrats den „werten Herrn Bonsack“ darüber auf, „daß Sie mit Ihrer Übersiedlung in die DDR die Staatsbürgerschaft der DDR erworben haben“. Und schließlich beschied ein Genosse vom Innenministerium den un-freiwilligen DDR-Bürger, auch „weitere Eingaben in gleicher Angelegenheit“ würden „daran nichts ändern“.

Ob Günter Gaus im Fall des Pankower Rentners etwas tun kann, der nach eigenem Bekunden selbst beim Ost-Berliner Fernsehfunk, wo er zuletzt Allende-Reden übersetzte, „Staatsangehörigkeit BRD“ im Personalbogen vermerkte, oder ob sich das Problem im Rahmen der deutsch-deutschen Fachkonsultationen lösen läßt, ist freilich mehr als ungewiß. Denn über das Thema Staatsbürgerschaft sind sich Bonn und Ost-Berlin nach wie vor uneins: Während die Bundesregierung zum unterschrittsreifen Grundvertrag erklären ließ, „Staatsangehörigkeitsfragen“ seien dadurch „nicht geregelt worden“, geht die DDR „davon aus, daß der Vertrag eine Regelung der Staatsangehörigkeitsfragen erleichtern wird“.

Alle Versuche der SED, mit Bonn über eine reinliche Scheidung der deutschen Bürger ins Geschäft zu kommen, blieben bislang vergebens. Die vom Bundesverfassungsgericht im Urteil zum Grundvertrag („Deutscher Staatsbürger ... ist ... nicht nur der Bürger der Bundesrepublik“) in die gesamt-deutsche Pflicht genommene Bundesregierung beharrt weiter auf dem — weitgehend fiktiven — Fortbestand der deutschen Nation und einer einheitlichen Staatsbürgerschaft.

Nun, so scheint es, will die DDR das Problem offensiver angehen. Im offiziellen Organ des Instituts für internationale Beziehungen „Deutsche Außenpolitik“ schrieb unlängst der Jenaer Professor für Staats- und Rechtswissenschaft, Gerhard Riege, daß nun „auch die Materie der Staatsbürgerschaft einer korrekten Regelung zugeführt“ werden könne. Durch Bonns Ostvertrags-Politik, so Riege, seien „in hinreichendem Maße Fakten gesetzt“ worden, „um nunmehr alle politisch-juristischen Konsequenzen aus den Realitäten zu ziehen“.

Rieges Realitäten fanden in Bonn allerdings keine Anerkennung. Dem Bundestag erklärte die Regierung, sie denke „weder jetzt noch später“ daran, „die



Traum-Urlaub unter Majestäten und Millionären.

Costa Smeralda. Im Norden Sardinjens liegt eine jener Küsten, wo man als Prominenter seine Ferien verbringen kann. Oder auch: wie ein Prominenter. Oder schlicht und einfach als jemand, der das Schöne und Erlesene liebt.

Das ist hier reichlich vorhanden. 55 km wildromantische Küste. Das Meer smaragdgrün, smaragdgrüner geht's nicht. Bizarre Klippen und kleine, verborgene Buchten. Über 80 Sandstrände, keiner überlaufen. Sportmöglichkeiten: praktisch unbegrenzt, 18-Loch-Golfplatz.

Hotels: keine Betonklötze weit und breit, sondern nur wenige exklusive Hotels im sardischen Stil. Alles das können Sie für 14 Tage schon ab DM 1.551,- genießen. Mehr im airtours-Katalog „Sommer '74“. Im Reisebüro.

airtours: Die Urlaubs-Alternative für Individualisten. Faszinierende Reisen. Linienflüge zu IT-Tarifen, den günstigsten im internationalen Linienverkehr. Hotels bis Top-Klasse. So viel Freiheit wie möglich: bei Einzelreisen tageweise Buchung, Reiseternine nach Wunsch, kostenlose Zwischenstops, Pkw-Transfer zum Hotel. Hohe Kinderermäßigungen.



airtours: „Die mit den
Linienmaschinen.“

Schaffung einer gesonderten Staatsangehörigkeit für die Bundesrepublik Deutschland in Erwägung zu ziehen“.

Damit präjudizierte Bonn bereits, wie Emissär Gaus dem Bürger Bonsack demnächst in Ost-Berlin gegenüberzutreten hat: Da es keine gesonderte Staatsbürgerschaft der Bundesrepublik gibt, kann Bonsack von Bonn auch nicht als bundesdeutscher Staatsbürger reklamiert werden. Der Betroffene: „Ich bin und bleibe — falls die Bonner Vertretung nichts tun kann — ein Gefangener der DDR.“

BEAMTE

Eier für die Kinder

Bonns Staatsdiener machen schnell Karriere. Doch das überkommene Beförderungssystem hindert den Regierungsapparat, sein Beamtenheer effektiv einzusetzen und leistungsgerecht zu besolden.

Der Ministerialrat, Steuer-Experte im Bonner Finanzministerium, ist ein gefragter Mann. Immer wieder erhält er Angebote, mit lukrativen Bezügen in die Industrie überzuwechseln.

Doch die Offerten locken den Staatsdiener nicht. 70 000 Mark Beamtengehalt im Jahr, dazu ein garantiert sicherer Arbeitsplatz, Pensionsanspruch und Zuschüsse im Krankheitsfall sind ihm lieber als eine kaum höher dotierte, dafür risikoreichere Position in der Wirtschaft. Der Umworbene: „Für einen Bonner Ministerialrat muß schon in der Wirtschaft ein Spitzenjob heraus-schauen, sonst lohnt sich das nicht.“

So wie der Finanzbeamte denken die meisten seiner Bonner Kollegen im höheren Staatsdienst — 2786 Ministerialräte, Ministerialdirigenten und Ministerialdirektoren. Und nicht nur die Spitzenbeamten wissen, was sie an ihrem Arbeitgeber haben. Denn seit Jahren hat sich in Bonn der Brauch eingebürgert, das Beamtenheer außerhalb gesetzlich verfügbarer Besoldungserhöhungen immer auskömmlicher zu versorgen — mit einem Trick, der öffentliches Aufsehen vermeidet.

Die Beamten werden ohne Ansehen von Leistung und Dienstalter innerhalb ihrer Laufbahngruppen (einfacher, mittlerer, gehobener und höherer Dienst) einfach nach oben geschoben, und jede neue Beförderung ist mit Aufbesserungen bis zu fünfzehn Prozent verbunden (siehe Graphik). Franz Kroppenstedt, Koordinator für die Reform des öffentlichen Dienstrechts im Innenministerium: „Die Beförderungen wurden an die Leute verteilt wie die Ostereier an die Kinder.“

Die Bescherung lohnt sich: Während etwa 1966 in den Bundesministerien noch kein einziger Referent nach der günstigsten Besoldungsgruppe B 3 be-

zahlt wurde, tummeln sich 1974 immerhin 75 Prozent aller Ministerialräte in der „de-Luxe-Klasse“ (Ministeriums-Jargon). Lediglich der Rest wird noch nach der niedrigeren Stufe A 16 entlohnt. Und während 1965 unterhalb der Ministerialrats-Ebene lediglich acht Prozent aller Hilfsreferenten (Eingangsstufe: Regierungsrat) Regierungsdirektoren waren, hat heute schon jeder dritte Hilfsreferent Direktoren-Titel und -Gehalt. Ein Ministerialer: „Ob Rat oder Direktor: Tun tun sie alle dasselbe.“

Der Schub an die Gehaltsspitzen freilich kostet nicht nur Geld — er herpmt auch die Leistung der aufgeblähten Verwaltungsmaschinerie. Da jeder Regierungsrat, „wenn er nicht total doof ist“ (ein Beamter aus dem Wirtschafts-Ressort), mit 35 oder 36 Jahren Regierungsdirektor wird, ein weiterer Aufstieg aber nur noch möglich ist, wenn der Ministerialrat über ihm (ebenfalls erst Enddreißiger) „wegstirbt“, wartet ein frustriertes Heer von zu schnell Beförderten auf seine Chance. Kroppenstedt: „Mit der Beförderung wird eben nicht mehr Leistung honoriert, sondern lebenslang höheres Gehalt zugesichert.“ Allein im Wirtschaftsministerium drängen 160 Regierungsdirektoren auf 110 Referentenstellen — die noch auf Jahrzehnte besetzt sind.

Zusätzliche Schwierigkeiten, hochdotierte Beamte in entsprechender Position zu beschäftigen, ergeben sich aus der Bonn-üblichen Minister-Praxis, Leute von außen in die Ministerialbürokratie einzuschleusen. So wird zum Beispiel Innenminister Hans-Dietrich Genscher — falls er ins Außenamt

BESOLDUNGSHIERARCHIE IN BONNS MINISTERIEN

Einkommen von Ministerialbeamten
im gehobenen und höheren Dienst,
(verheiratet, zwei Kinder) in Mark:

Durchschnitts- alter	Besol- dungs- gruppe	Amts- bezeichnung	Brutto- Gehalt
	B 11	Staatssekretär	16061,01
	B 9	Ministerialdirektor	7865,34
	B 6	Ministerialdirigent	6749,50
	B 3	Ministerialrat	5652,39
40	A 16	Ministerialrat	4557,24
35	A 15	Regierungsdirektor	3916,79
35	A 14	Überregierungsrat	3626,36
35	A 13	Oberamtsrat/ Regierungsrat	3418,28
33	A 12	Amtsrat	3046,13
33	A 11	Regierungsamtmann	2856,61
31	A 10	Regierungsoberinspektor	2695,70
27	A 9	Regierungsinspektor	2194,36